türkischen Postämter in der Türkei keinen grundsätzlichen Einwand erheben werde.

Dschamid-Bei wird sich vor seiner Rückkehr nach Konstantinopel in Berlin aufhalten, um hier den Vertrag über die Bagdadbahn zum Abschluß zu bringen.

Protest Griechenlands bei der Pforte.

Konstantinopel, 13. April. Nachdem die Boykottbewegung gegen griechische Waren und Kaufleute in den türkischen Provinzen fortdauert und immer schärfere Formen annimmt, hat die griechische Regierung sich neuerdings an die Pforte mit energischen Vorstellungen gewandt. Darin wird die Pforte beschuldigt, die Boykottbewegung zu unterstützen. Die griechische Regierung fordert die Pforte auf, für Abstellung des Zustandes zu sorgen.

Oertel und Löwensohn.

Die Agrarier denken natürlich nicht daran, einen Weg zu empfehlen, der zu einer handelspolitischen Verständigung mit Rußland führen könnte. Sie werden doch nicht bereit sein, auf ihre geliebten Einfuhrscheine zu verzichten. Die Roggenpreise könnten ja dann herabgehen, das deutsche Volk sein Brot billiger bekommen. Das geht doch nicht! Dafür wird kräftig nach Kampfmaßregeln gegen Rußland geschrien. So ein frisch-fröhlicher Zollkrieg wäre so recht nach dem Geschmack der Agrarier, damit könnte man die Einfuhr jeglicher agrarischer Produkte aus Rußland überhaupt unterbinden. O, wäre das eine herrliche Gelegenheit, das deutsche Volk noch mehr zu schröpfen. Unserer Industrie würden zwar schwere Wunden geschlagen werden. Aber was schadet das unseren Agrariern. Herr Oertel, der sich in der Deutschen Tageszeitung mit dem Beschluß der russischen Duma über die Einführung des Getreidezolls beschäftigt, bemerkt denn auch:

> Die gesamte deutsche Presse, soweit sie sich überhaupt zur Angelegenheit geäußert hat, ist darin einig, daß der Beschluß der Anfang eines wirtschaftlichen Kampfes sein wird. Diesem Kampfe kann Deutschland ruhig entgegensehen. Wir haben mathematisch nachgewiesen, daß Rußland weit größeres Interesse an der Aufrechterhaltung der Ausfuhr nach Deutschland hat als Deutschland an der nach Rußland. Will Rußland den Kampf führen, wir weichen ihm nicht aus. Sollte aber unsere Rüstung noch Lücken aufweisen, so ist es die höchste Zeit und die unabweisbare Pflicht, sie sofort auszufüllen. Die deutsche Regierung wird jetzt wohl einsehen, wie bedenklich ihre Aeußerung war, daß sie zunächst an die Kündigung der Handelsverträge nicht denke. Der Standpunkt, den wir dieser Aeußerung gegenüber sofort einnahmen, ist als richtig erwiesen worden. Die Sache tragisch zu nehmen liegt keine Veranlassung vor. Nach menschlicher Voraussicht wird Rußland binnen kurzem den Beschluß vom Donnerstag bitter bereuen.

Herr Oertel macht dem Vorwärts einen Vorwurf daraus, daß er den Beschluß der Duma als „Hilfe im Ausland" bezeichnet hätte in der Hoffnung, daß die Einführung des Zolls in Rußland dem deutschen Volk Befreiung von dem wucherischen Einfuhrscheinsystem bringen würde. Aber Oertel selbst geniert sich gar nicht, auch auf die „Hilfe im Auslande" zu rechnen. Macht er doch kein Hehl daraus, daß ihm das Vorgehen Rußlands den ersehnten lückenlosen Zolltarif bringen soll! Also, weil die Russen einen Getreidezoll erhöhen, soll das deutsche Volk seine Milch und sein Gemüse teurer bezahlen. Wirklich, das wäre ein gutes Geschäft für die Agrarier. Uebrigens ist Herrn Oertel ein Helfer erstanden in der Person eines Getreidehändlers, der den schönen Namen Löwensohn trägt, ein Name, wie man ihn sonst in den Spalten der Deutschen Tageszeitung nur mit „Anführungsstrichen" findet. Aber wenn's gilt, den Profit zu verteidigen, stellt sich auch bei Agrariern eine erstaunliche Vorurteilslosigkeit ein. So hat man dem Herrn Löwensohn gestattet, die Spalten der Deutschen Tageszeitung mit einem längeren Artikel zu zieren, an dessen Ende Herr Löwensohn ein Loblied auf die deutschen Landwirte und das herrschende Zollwuchersystem singt. Der Herr schreibt:

> Es liegt also für uns gar keine Veranlassung vor, die russischen Maßnahmen tragisch zu nehmen; es liegt auch für uns keine begründete Ursache vor, unsere Erzeugungsweise auf irgendeine Art zu ändern. Die deutschen Landwirte werden in derselben Weise wie bisher und möglichst noch in höherem Maße ihre Intelligenz und ihren Fleiß in den Dienst der Bewirtschaftung ihrer Felder und Ställe stellen; jeder Versuch, sie zu schädigen, wird sich nicht zu ihren Ungunsten, sondern zu ihren Gunsten wenden. Die auswärtigen und inneren Feinde sollen auch nicht zu früh frohlocken; unser Wirtschaftssystem kann und wird sich nicht ändern.

Hoffentlich werden sich die Agrarier für die Hilfe, die der Löwensohn ihrem Oertel leistet, auch erkenntlich zeigen, und ihn bei den Geschäften, die er mit ihnen macht, gut verdienen lassen.

Uebrigens würde man Herrn Löwensohn Unrecht tun, wenn man glaubte, er habe seinen Artikel in der Deutschen Tageszeitung nur geschrieben, um für seinen Getreidehandel Reklame zu machen. Er hat, da er offenbar zu den Händlern gehört, die am Getreideausfuhrgeschäft beteiligt sind, gleich den Agrariern ein starkes Interesse an der Erhaltung des Einfuhrsystems, wozu noch kommt, daß er selbst auch Rittergutsbesitzer ist!

Wenn's dem lieben Geldbeutel gilt, dann finden sich auch die feindlichen Brüder, finden sich Germane und Hebräer, Landwirt und Händler, Oertel und Löwensohn zusammen. Das deutsche Volk aber wird sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, daß es zugunsten von ein paar Großgrundbesitzern und Getreidehändlern in einen Zollkrieg mit Rußland hineingetrieben wird, der für viele Tausende seiner Angehörigen im höchsten Grade verhängnisvoll wäre.

Deutsches Reich.

Die nationalliberale Einigkeit.

Der Kampf im nationalliberalen Lager geht weiter. Die rechtsstehenden Nationalliberalen schwärmen für die Einigkeit in der richtigen Erkenntnis, daß sich der Einfluß des altliberalen Geldsacks auch ohne Sonderorganisation durchsetzen würde, während die Jungliberalen mit ihrer Organisation jede eigene Wirkungsmöglichkeit verlieren würden. Herr Friedberg z. B. macht sich in der nationalliberalen Presse folgendermaßen vernehmbar:

> Die Gegensätze innerhalb der nationalliberalen Partei sind an und für sich nicht größer als in irgendeiner anderen unserer politischen Parteien . . . Ich erinnere an den Streit im Zentrum, an den Gegensatz zwischen den „Dämpfungspolitikern" und den alten Richterianern in der freisinnigen Volkspartei usw. Aber aus Grund solcher nun einmal unvermeidlichen Gegensätze besondere Organisationen aufzubauen, die sich in voller Oeffentlichkeit bekämpfen, ist bisher allein der nationalliberalen Partei vorbehalten gewesen. Das ergibt ein vollständig falsches Bild von den wahren Verhältnissen innerhalb unserer Partei, die tatsächlich bisher in allen großen Fragen durchaus einig gewesen ist. Der scheinbar scharfe Gegensatz, künstlich aufgebauscht, gibt unseren Gegnern eine ihnen genehme Waffe in die Hand, um eine Zerfahrenheit und Zerrissenheit unserer Partei zu behaupten, wie sie in Wirklichkeit nicht vorhanden und niemals vorhanden gewesen ist.

Aehnlich wie Friedberg begeistert sich auch Herr Böttger im Tag für die „nationalliberale Konzentrierung". Die Jungen aber wollen sich einstweilen immer noch nicht in das Konzentrationslager sperren lassen. So wurde in der letzten Vorstandssitzung des Jungliberalen-Verbandes Groß-Berlin eine Resolution gefaßt, in der es der Verein entschieden ablehnt, sich aufzulösen, wie es vom nationalliberalen Zentralvorstand gewünscht wurde. Für das Ansehen und die Einheitlichkeit der Partei wäre es, so erklären die Berliner Jungliberalen, wichtiger, wenn endlich dem widerspruchsvollen Zustande ein Ende gemacht wird, daß **hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Partei gleichzeitig einer feindlichen Partei, dem Bunde der Landwirte, angehören,** der in seinen Organen und Generalversammlungen Führer und Partei aufs gröblichste verunglimpft.

Der kommende nationalliberale Parteitag wird zeigen, ob die Jungen überhaupt noch den vollkommenen und endgültigen Sieg des industrie-konservativen Geldsacks aufzuhalten imstande sind.

Mecklenburg und der Reichstag.

Der neue Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz, Dr. Bossart, hat mit einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes eine Unterredung gehabt, in der er unter scharfen Ausfällen auf die Konservativen es als die Absicht der beiden Großherzöge verkündet, ihrem Lande und Volke die Segnungen des Fortschritts in Form einer Verfassung zuteil werden zu lassen. U. a. sagte der Staatsminister:

> Für uns gibt es nun, um eine moderne Verfassung durchzudrücken, drei Möglichkeiten: Entweder die Großherzöge müssen sich mit den Ständen einigen, oder sie müssen dem Volke eine Verfassung oktroyieren, oder aber Reichstag und Bundesrat müssen uns helfen. Der Reichstag hat sich ja nun wiederholt mit der mecklenburgischen Verfassungsfrage zu befassen gehabt und wir glauben hier, daß seitens des Reichstags auf den Bundesrat immerhin ein gewisser Druck ausgeübt werden könnte, um ihn zu veranlassen, in die Reichsverfassung einen neuen Paragraphen einzuschalten. Dazu müßte zunächst einmal der Antrag Dr. Pachnicke vom Reichstage angenommen werden. Wünschenswert wäre es, wenn sich, um diesen für uns sehr wichtigen Antrag durchzubringen, die Sozialdemokratie etwas mäßigen würde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Fall der elsaß-lothringischen Verfassung gezeigt, daß sie sich den Wünschen nach einer verfassungsrechtlichen Besserstellung von Teilen des deutschen Volkes nicht verschließt, von welcher Seite immer diese Wünsche mitvertreten werden. Sie hat in jenem Falle auch bewiesen, daß sie einen demokratischen Fortschritt akzeptiert, wenn mit ihm auch noch nicht alles, was sie auf dem Gebiet des Verfassungswesens anstrebt, erreicht wird. Wenn die mecklenburgische Regierung etwa beabsichtigen sollte, einen Entwurf, der ungefähr der elsaß-lothringischen Verfassung entspricht, im Reichstage durchzubringen, so würde sie zweifellos mit den Stimmen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen können.

Soldatenmißhandlungen ohne Ende.

Vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Bremen hatten sich ein Sergeant und ein Gefreiter der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Bremen zu verantworten. Anfang Februar meldete der Gefreite dem Sergeanten, ein Musketier habe sich seit drei Tagen nicht mehr gewaschen und habe seine Sachen nicht in Ordnung. Der Soldat war mit Erlaubnis des Kompagniechefs ausgegangen, soll aber nach Meinung des Gefreiten zu lange fortgeblieben sein. Der Sergeant räumte nun das Spind des Soldaten aus, das dieser dann scheuern und wieder einräumen sollte und befahl dann, daß der Soldat geschrubbt werden sollte. Der humane Vorgesetzte kommandierte zwei Kameraden des Soldaten dazu, an diesem die Prozedur vorzunehmen. Der genannte Soldat mußte sich entkleiden, in eine in der Nähe des Ofens aufgestellte Fußbadewanne stellen und, nachdem grüne Seife verbelgeschossit worden war, begannen die beiden Musketiere mit dem Schrubben; sie taten das widerwillig und „markierten" ihre Arbeit deshalb nur. Der hinzukommende Gefreite aber nahm die härteste Schuhbürste und — wie er vor dem Kriegsgericht angab — „tat auch ein paar Striche", die den Gepeinigten aber so schmerzten, daß er aus der Wanne sprang. Diese Mißhandlungen gelangten dadurch zur Kenntnis der Militärbehörde, daß der gepeinigte Soldat einen Selbstmordversuch beging; er wurde nämlich eines Morgens mit einer Schußwunde an der rechten Kopfseite aufgefunden, die inzwischen geheilt ist. Vor Gericht sagte der Soldat weiter aus, nur wegen der Waschprozedur, durch die sein Ehrgefühl gekränkt worden sei, habe er sich das Leben nehmen wollen. Der Sergeant sowohl wie der Gefreite wurden verurteilt. Sie erhielten aber nur je — zwölf Tage Mittelarrest. — So milde Strafen tragen sicher nicht dazu bei, von Soldatenmißhandlungen abzuschrecken.

Ein weiterer Statthalterkandidat.

Unter den Kandidaten für den Statthalterposten der Reichslande ist schon früher der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hatzfeldt, genannt worden. Wie mitgeteilt wird, ist neuerdings wieder mit ihm wegen Uebernahme des Postens verhandelt worden.

Von anderer Seite wird wiederum erklärt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit der Minister des Innern v. Dallwitz zum Statthalter ernannt werden wird.

Der Reichskanzler befindet sich auf der Fahrt nach Korfu. Vermutlich wird dort dem kläglichen Ratespiel ein Ende gemacht werden.

Konflikt zwischen Aerzten und Eisenbahn. Zwischen der Aerzteschaft des Schweidnitzer Bezirks und der Eisenbahndirektion brach infolge der Anstellung von zwei eigenen Bahnärzten für den Schweidnitzer Bezirk durch die Eisenbahndirektion ein Konflikt aus. Für die Eisenbahner-Krankenkassen bedeutete die Anstellung die Aufkündigung der freien Arztwahl. Als Antwort hierauf beschlossen laut Voss. Ztg. die Aerzte von Schweidnitz, Jodlitz, Königszelt, Saarau und Leutmannsdorf, den Eisenbahnbeamten und Bahnbediensteten sowie deren Angehörigen von jetzt an nicht mehr ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen, abgesehen von dringenden Fällen.

Postalische Sittlichkeits-Schnüffelei. Auf Veranlassung des Reichspostamts finden, wie die Berliner Volkszeitung hört, Ermittlungen bei sämtlichen Oberpostdirektionen über die Praxis des Chiffrebriefverkehrs durch Vermittlung der Postschalter statt. Die größeren Postämter sind zum Bericht darüber aufgefordert worden, ob nach Lage der Umstände anzunehmen ist, daß dieser Verkehr in der Hauptsache einwandfreien Zwecken (Stellungsgesuchen, Wohnungsangeboten usw.) dient, oder daß die Chiffresendungen, wie vielfach behauptet wird, überwiegend zur Verfolgung unsittlicher Absichten benutzt werden, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben (unredliche Geldgeschäfte, unmoralische Gelegenheitsverbindungen usw.). Auch soll angegeben werden, ob nach den Wahrnehmungen der Schalterbeamten Postlagerkarten vorwiegend für den einwandfreien oder für den nicht einwandfreien Briefverkehr benutzt werden. — Wie die Beamten das alles feststellen sollen, ohne daß sie Kenntnis von dem Inhalt der Briefschaften haben, ist nicht zu verstehen.

Folgen der Zündholzsteuer. In Kempten im Allgäu besteht seit vielen Jahren eine Zweigfabrik der Aktiengesellschaft „Union" in Augsburg, Vereinigte Zündholzfabriken. Ab 6. April ist nun in der Filialfabrik in Kempten der Betrieb eingestellt worden. Die Fabrik wird aufgelassen, die Arbeiter, 60 an der Zahl, meist alte, lange Jahre in dem Betriebe beschäftigte Leute, sind entlassen worden. Die Betriebsleitung erklärt, zu dieser Maßnahme genötigt zu sein, nachdem durch die Besteuerung der Zündhölzer kleinere Betriebe nicht mehr lebensfähig sind und außerdem ein bedeutender Rückgang des Konsums zu verzeichnen ist.

Kleine politische Nachrichten. Das Infanterieregiment Nr. 99 soll bereits in den nächsten Tagen wieder nach seiner früheren Garnison Zabern zurückkehren. Wenn diese Nachricht zutrifft, dann wäre die dieser Tage durch die Presse gegangene Mitteilung falsch, daß Zabern erst dann wieder eine Garnison erhalten soll, wenn der gegenwärtige Bürgermeister beseitigt ist. — In dem kleinen mit 5000 Einwohner zählenden Ländchen Schwarzburg-Rudolstadt sind auf Grund des Wehrbeitrages 9 Millionen Mark mehr an Kapitalvermögen angemeldet worden, davon entfällt ungefähr ein Drittel auf die Stadt Rudolstadt. — Zwei Deutsche, namens Karl Jakobsen und Hans Duhme, wurden bei einem Ausflug in Mexiko von Räubern angegriffen. Jakobsen wurde getötet und Duhme verschleppt.

Oesterreich baut fremde Bahnen.

th. **Wien**, 12. April.

Mancher möchte unsere Darlegungen über die Gewissenlosigkeit der mit den Mitteln des Absolutismus waltenden österreichischen Regierung als Uebertreibungen des Hasses betrachten. Nun liefert aber Stürgkh ein Stückchen, das auch den Ungläubigsten überzeugen wird. Er hat soeben die Bosnischen Bahnen mit dem § 14 ins Werk gesetzt. Man denke, 400 Millionen werden da im Laufe von 60 Jahren der österreichischen Bevölkerung abgeknöpft, für Bahnen eines Gebietes, das für uns völlig und in jedem Sinne Ausland ist! Bosnien nimmt nämlich, so liest das „Geschäft", 267 Millionen für Bahnbauten auf. Es handelt sich größtenteils um die Umgestaltung schmalspuriger Strecken in normalspurige. Der Militarismus heischt es. Der Zwang zum Umladen hat 1908 und 1911 die Bereitstellung der Streitkräfte außerordentlich verzögert. Die 267 Millionen sind in 60 Jahren durch Jahresraten von 16 Millionen — Zinsen und Tilgung — zurückzuzahlen. Bosnien aber trägt bloß 5,7 Millionen, Ungarn bloß 3,8, Oesterreich jedoch 6,6 Millionen zu diesem gemeinschaftlichen Vergnügen bei. Nun sollte man wohl meinen, Oesterreich hätte da ganz besondere Vorteile. Allein genau das Gegenteil ist der Fall. Zwar sind von 761 Kilometern Bahnstrecke 353 nach Oesterreich gerichtet, und darauf entfallen gar 145 Millionen der Baukosten. Es sind eben die in Betracht kommenden Linien als strategische äußerst kostspielig. Aber Oesterreich kriegt dabei doch blos eine einzige unmittelbare Verbindung mit Bosnien ab, und diese ist wettbewerbsunfähig, da sie von Donji Vakuf — Laschwa schmalspurig verläuft, somit zum Umladen der Waren nötigt. Dagegen wird Ungarn mit Bosnien durch drei Vollbahnen verknüpft sein.

Nun ist aber das unglaublichste dies: die Oesterreicher haben allerdings das Zugeständnis durchgesetzt, daß auch die Strecke Donji Vakuf—Laschwa normalspurig umgebaut werden soll. Allein sie müssen den Umbau mit eigenem Gelde bewirken und überdies warten, bis die Ungarn günstigen Strecken, zu denen sie selbst doppelt soviel an Kosten beitragen als Ungarn, fertiggestellt sind. Nicht anders steht es mit der Verbindung der bosnischen Bahnen der Verkehr Spalato im österreichischen Dalmatien. Hier zahlt Oesterreich die Kosten der Berchtoldschen Politik. Dieser wollte bekanntlich den Serben in Albanien den Zugang zum Meer nicht gönnen. Also bot er ihnen den Weg durch Bosnien und Dalmatien. Hier wird der italienischen Industrie der Weg nach Serbien geöffnet und den landwirtschaftlichen Interessen Serbiens die Straße nach Italien. Und Oesterreich bezahlt das! Endlich ist Bosnien ein durchaus selbständiger Staat, seiner ausschließlichen Kontrolle unterliegen die Bahnen, für die wir den Hauptteil beisteuern. Der Haß gegen alles Oesterreichische spricht sich in diesem Lande auf das schärfste aus. Aber Oesterreich baut Bosniens Bahnen. Können Minister, die zu solcher Felonie fähig sind, anderes im Sinne haben als ihren persönlichen Vorteil, ihr Portefeuille, das freilich von der Erfüllung der Wünsche des Militarismus abhängig ist? Als im November 1913 die Vorlage eingebracht wurde, zwang der Widerstand selbst der Regierungsparteien das Ministerium, zugleich die lange schon verlangte Kleinbahnvorlage einzubringen. Aber der Eisenbahnminister setzte hinzu: die Kleinbahnen könnten nur gebaut werden, sofern neue Steuern als Deckung bewilligt würden. Für die österreichischen Bahnen war eine besondere Deckung erforderlich, für die bosnischen fand sie sich ohne weiteres im Budget. Und nun hat der § 14 die bosnischen Bahnen dem Einfluß des Parlaments entrückt. Die Regierung hat damit natürlich auch jedes Interesse an den Kleinbahnen verloren, die ja ein bloßer parlamentarischer Handelsartikel waren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140414/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG